

## I

(Veröffentlichungsbedürftige Rechtsakte)

**VERORDNUNG (EG) Nr. 305/2006 DES RATES****vom 21. Februar 2006****über die Anwendung spezifischer restriktiver Maßnahmen gegen bestimmte Personen, die der Beteiligung an der Ermordung des ehemaligen libanesischen Ministerpräsidenten Rafik Hariri verdächtig sind**

DER RAT DER EUROPÄISCHEN UNION —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft, insbesondere auf die Artikel 60, 301 und 308,

gestützt auf den Gemeinsamen Standpunkt 2005/888/GASP des Rates vom 12. Dezember 2005 über spezifische restriktive Maßnahmen gegen bestimmte Personen, die der Beteiligung an der Ermordung des ehemaligen libanesischen Ministerpräsidenten Rafik Hariri verdächtig sind <sup>(1)</sup>,

auf Vorschlag der Kommission,

nach Stellungnahme des Europäischen Parlaments <sup>(2)</sup>,

in Erwägung nachstehender Gründe:

- (1) Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen hat am 31. Oktober 2005 die Resolution 1636 (2005) verabschiedet, in der die Schlussfolgerung des Berichts der internationalen Untersuchungskommission über den terroristischen Bombenanschlag vom 14. Februar 2005 in Beirut (Libanon), bei dem 23 Personen, darunter der ehemalige libanesischer Ministerpräsident Rafik Hariri, getötet und Dutzende Personen verletzt wurden, zur Kenntnis genommen wird.
- (2) Der Sicherheitsrat hat mit äußerster Besorgnis Kenntnis von der Schlussfolgerung der internationalen Untersuchungskommission genommen, dass konvergierende Beweise auf die Beteiligung sowohl libanesischer als auch syrischer Amtsträger an dieser terroristischen Handlung hindeuten, und hat — nach Kapitel VII der Charta der Vereinten Nationen tätig werdend — als einen Schritt zur Hilfe bei der Untersuchung dieses Verbrechens und unbeschadet der letztendlichen gerichtlichen Feststellung der Schuld oder Unschuld irgendwelcher Personen beschlossen, Maßnahmen gegen alle Personen zu verhängen, die als der Beteiligung an der Planung, Förderung, Organisation oder Begehung dieser terroristischen Handlung verdächtig bezeichnet werden.
- (3) Im Gemeinsamen Standpunkt 2005/888/GASP ist vorgesehen, dass die in der Resolution 1636 (2005) des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen festgelegten Maßnahmen durchgeführt werden, insbesondere das Einfrieren der Gelder und wirtschaftlichen Ressourcen der Per-

sonen, die von dem nach Nummer 3 Buchstabe b der genannten Resolution eingesetzten Ausschuss des Sicherheitsrats als der Beteiligung an der Planung, Förderung, Organisation oder Begehung der Ermordung des ehemaligen libanesischen Ministerpräsidenten Rafik Hariri und anderen am 14. Februar 2005 verdächtig benannt werden.

- (4) Diese Maßnahmen fallen in den Geltungsbereich des Vertrags und daher bedarf es — insbesondere zur Gewährleistung ihrer einheitlichen Anwendung durch die Wirtschaftsakteure in allen Mitgliedstaaten — gemeinschaftlicher Rechtsvorschriften für ihre Umsetzung, soweit die Gemeinschaft betroffen ist.
- (5) Aus Gründen der Zweckmäßigkeit sollte die Kommission ermächtigt werden, die Anhänge dieser Verordnung gegebenenfalls auf der Grundlage von Mitteilungen oder Informationen des zuständigen Sanktionsausschusses und der Mitgliedstaaten zu ändern.
- (6) Die Mitgliedstaaten sollten die Sanktionen festlegen, die bei Verstößen gegen diese Verordnung anzuwenden sind. Diese Sanktionen sollten verhältnismäßig, wirksam und abschreckend sein.
- (7) Damit die Wirksamkeit der in dieser Verordnung vorgesehenen Maßnahmen gewährleistet ist, sollte sie am Tag ihrer Veröffentlichung in Kraft treten —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN:

*Artikel 1*

Für die Zwecke dieser Verordnung gelten folgende Begriffsbestimmungen:

1. „Sanktionsausschuss“ ist der Ausschuss des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen, der gemäß Nummer 3 Buchstabe b der Resolution 1636 (2005) des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen eingesetzt wurde;
2. „Gelder“ sind finanzielle Vermögenswerte und wirtschaftliche Vorteile jeder Art, die Folgendes einschließen, aber nicht darauf beschränkt sind:
  - a) Bargeld, Schecks, Geldforderungen, Wechsel, Zahlungsanweisungen und andere Zahlungsmittel;

<sup>(1)</sup> ABl. L 327 vom 14.12.2005, S. 26.<sup>(2)</sup> Noch nicht im Amtsblatt veröffentlicht.

- b) Einlagen bei Finanzinstituten oder anderen Einrichtungen, Guthaben auf Konten, Zahlungsansprüche und verbrieft Forderungen;
  - c) öffentlich und nicht öffentlich gehandelte Wertpapiere und Schuldtitel einschließlich Aktien und Anteile, Wertpapierzertifikate, lang und kurz-/mittelfristige Anleihen, Optionsscheine, Schuldverschreibungen und Derivatverträge;
  - d) Zinserträge, Dividenden oder andere Einkünfte oder Wertzuwächse aus Vermögenswerten;
  - e) Kredite, Rechte auf Verrechnung, Bürgschaften, Vertragserfüllungsgarantien oder andere finanzielle Ansprüche;
  - f) Akkreditive, Konnossemente, Übereignungsurkunden;
  - g) Dokumente zur Verbriefung von Anteilen an Fondsvermögen oder anderen Finanzressourcen;
3. „Einfrieren von Geldern“ ist die Verhinderung jeglicher Form der Bewegung, des Transfers, der Veränderungen und der Verwendung von Geldern sowie des Zugangs zu ihnen oder ihres Einsatzes, wodurch das Volumen, die Höhe, die Belegenheit, das Eigentum, der Besitz, die Eigenschaften oder die Zweckbestimmung der Gelder verändert oder sonstige Veränderungen bewirkt werden, die eine Nutzung der Gelder einschließlich der Vermögensverwaltung ermöglichen;
4. „wirtschaftliche Ressourcen“ sind Vermögenswerte jeder Art, unabhängig davon, ob sie materiell oder immateriell, beweglich oder unbeweglich sind, bei denen es sich nicht um Gelder handelt, die aber für den Erwerb von Geldern, Waren oder Dienstleistungen verwendet werden können;
5. „Einfrieren von wirtschaftlichen Ressourcen“ ist das Verhindern der Verwendung wirtschaftlicher Ressourcen für den Erwerb von Geldern, Waren oder Dienstleistungen, die auch den Verkauf, das Vermieten oder das Verpfänden dieser Ressourcen einschließt, sich aber nicht darauf beschränkt;
6. das „Gebiet der Gemeinschaft“ umfasst die Hoheitsgebiete der Mitgliedstaaten, in denen der Vertrag Anwendung findet, nach Maßgabe der im Vertrag festgelegten Bedingungen.

#### Artikel 2

- (1) Sämtliche Gelder und wirtschaftlichen Ressourcen, die Eigentum oder Besitz der in Anhang I aufgeführten natürlichen oder juristischen Personen, Organisationen oder Einrichtungen sind oder von ihnen gehalten oder kontrolliert werden, werden eingefroren.
- (2) Den in Anhang I aufgeführten natürlichen oder juristischen Personen, Organisationen oder Einrichtungen dürfen weder unmittelbar noch mittelbar Gelder oder wirtschaftliche Ressourcen zur Verfügung gestellt werden oder zugute kommen.
- (3) Die wissentliche und absichtliche Beteiligung an Tätigkeiten, deren Zweck oder Wirkung direkt oder indirekt in der Umgehung der in den Absätzen 1 und 2 genannten Maßnahmen besteht, ist untersagt.

#### Artikel 3

(1) Abweichend von Artikel 2 können die in Anhang II aufgeführten zuständigen Behörden der Mitgliedstaaten unter ihnen geeignet erscheinenden Bedingungen die Freigabe oder Bereitstellung bestimmter eingefrorener Gelder oder wirtschaftlicher Ressourcen genehmigen, wenn sie festgestellt haben, dass diese Gelder oder wirtschaftlichen Ressourcen

- a) für Grundaussgaben, wie die Bezahlung von Nahrungsmitteln, Mieten oder Hypotheken, Medikamenten und medizinischer Behandlung, Steuern, Versicherungsprämien und Gebühren öffentlicher Versorgungseinrichtungen erforderlich sind,
- b) ausschließlich der Bezahlung angemessener Honorare und der Erstattung von Kosten im Zusammenhang mit der Erbringung juristischer Dienstleistungen dienen, oder
- c) ausschließlich der Bezahlung von Gebühren für die routinemäßige Verwahrung oder Verwaltung eingefrorener Gelder oder wirtschaftlicher Ressourcen dienen,

vorausgesetzt, der betreffende Mitgliedstaat hat dem Sanktionsausschuss seine Absicht notifiziert und dieser hat die Absicht gebilligt.

(2) Die betreffende zuständige Behörde unterrichtet die zuständigen Behörden der anderen Mitgliedstaaten und die Kommission über jede nach Absatz 1 erteilte Genehmigung.

(3) Artikel 2 Absatz 2 gilt nicht für die Gutschrift auf eingefrorenen Konten von Zinsen oder sonstigen Einkünften aus diesen Konten, sofern diese Zinsen und sonstigen Einkünfte nach Artikel 2 Absatz 1 eingefroren werden.

#### Artikel 4

Artikel 2 Absatz 2 hindert Finanzinstitute nicht daran, Gelder, die von Dritten zugunsten einer in Anhang I aufgeführten Person, Organisation oder Einrichtung überwiesen werden, auf den eingefrorenen Konten gutzuschreiben, sofern die auf diesen Konten gutgeschriebenen Beträge ebenfalls nach Artikel 2 Absatz 1 eingefroren werden. Die Finanzinstitute unterrichten unverzüglich die zuständigen Behörden über diese Geschäfte.

#### Artikel 5

(1) Unbeschadet der geltenden Vorschriften über die Anzeigepflicht, die Vertraulichkeit und das Berufsgeheimnis sowie des Artikels 284 des Vertrags sind natürliche und juristische Personen, Organisationen und Einrichtungen verpflichtet,

- a) Angaben, die die Anwendung dieser Verordnung erleichtern, wie etwa über die nach Artikel 2 eingefrorenen Konten und Beträge, unverzüglich den in Anhang II aufgeführten zuständigen Behörden der Mitgliedstaaten, in denen sie ihren Wohnsitz bzw. Sitz haben, und — direkt oder über diese zuständigen Behörden — der Kommission zu übermitteln;
- b) mit den in Anhang II aufgeführten zuständigen Behörden bei der Überprüfung dieser Angaben zusammenzuarbeiten.

(2) Zusätzliche Angaben, die direkt bei der Kommission eingehen, werden den zuständigen Behörden des betreffenden Mitgliedstaats zur Verfügung gestellt.

(3) Die nach diesem Artikel übermittelten oder eingegangenen Angaben dürfen nur für die Zwecke verwendet werden, für die sie übermittelt worden oder eingegangen sind. Als ein solcher Zweck gilt auch die Mitwirkung an einer internationalen Untersuchung, die die Vermögenswerte oder die Finanztransaktionen der in Anhang I aufgeführten natürlichen und juristischen Personen, Organisationen und Einrichtungen betrifft.

#### Artikel 6

Die natürlichen und juristischen Personen, Organisationen oder Einrichtungen oder ihre Führungskräfte oder Beschäftigten, die im guten Glauben, im Einklang mit dieser Verordnung zu handeln, Gelder oder wirtschaftliche Ressourcen einfrieren oder ihre Bereitstellung ablehnen, können hierfür nicht haftbar gemacht werden, es sei denn, es ist nachgewiesen, dass das Einfrieren der Gelder und wirtschaftlichen Ressourcen auf Fahrlässigkeit beruht.

#### Artikel 7

Die Kommission und die Mitgliedstaaten unterrichten einander unverzüglich über die nach dieser Verordnung getroffenen Maßnahmen und tauschen jedwede ihnen im Zusammenhang mit dieser Verordnung vorliegende sonstige sachdienliche Informationen aus, insbesondere über Verstöße, Vollzugsprobleme und Urteile nationaler Gerichte.

#### Artikel 8

(1) Die Kommission ist befugt,

- a) Anhang I auf der Grundlage der Feststellungen des Sanktionsausschusses zu ändern; und

- b) Anhang II auf der Grundlage der von den Mitgliedstaaten übermittelten Informationen zu ändern.

(2) Unbeschadet der Rechte und Pflichten der Mitgliedstaaten aus der Charta der Vereinten Nationen unterhält die Kommission alle für die wirksame Anwendung dieser Verordnung erforderlichen Kontakte zum Sanktionsausschuss.

#### Artikel 9

Die Mitgliedstaaten legen Sanktionen fest, die bei Verstoß gegen diese Verordnung zu verhängen sind, und treffen die für deren Durchsetzung erforderlichen Maßnahmen. Diese Sanktionen müssen wirksam, verhältnismäßig und abschreckend sein.

Die Mitgliedstaaten teilen der Kommission die entsprechenden Bestimmungen unverzüglich nach Inkrafttreten dieser Verordnung mit und melden ihr alle Änderungen dieser Bestimmungen.

#### Artikel 10

Diese Verordnung gilt

- a) im Gebiet der Gemeinschaft einschließlich ihres Luftraums,
- b) an Bord der Luftfahrzeuge und Schiffe, die der Hoheitsgewalt der Mitgliedstaaten unterstehen,
- c) für die sich im Gebiet oder außerhalb des Gebietes der Gemeinschaft aufhaltenden Personen, die die Staatsangehörigkeit eines Mitgliedstaats besitzen,
- d) für die nach dem Recht eines Mitgliedstaats gegründeten oder eingetragenen juristischen Personen, Organisationen und Einrichtungen,
- e) für juristische Personen, Organisationen und Einrichtungen in Bezug auf Geschäfte, die ganz oder teilweise in der Gemeinschaft getätigt werden.

#### Artikel 11

Diese Verordnung tritt am Tag ihrer Veröffentlichung im *Amtsblatt der Europäischen Union* in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Geschehen zu Brüssel am 21. Februar 2006.

Im Namen des Rates  
Die Präsidentin  
K. GASTINGER

## ANHANG I

**Liste der natürlichen und juristischen Personen, Organisationen und Einrichtungen gemäß Artikel 2**

(nach der Benennung der Personen, Organisationen und Einrichtungen durch den gemäß Nummer 3 Buchstabe b der Resolution 1636 (2005) des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen eingesetzten Ausschuss zu ergänzen)

---

## ANHANG II

## Liste der in den Artikeln 3 und 5 genannten zuständigen Behörden

## BELGIEN

Federale Overheidsdienst Financiën Thesaurie  
Kunstlaan 30  
B-1040 Brussel  
Fax: (32-2) 233 74 65  
E-mail: Quesfinvragen.tf@minfin.fed.be

Service Public Fédéral des Finances  
Trésorerie  
30 Avenue des Arts  
B-1040 Bruxelles  
Fax: 00 32 2 233 74 65  
E-mail: Quesfinvragen.tf@minfin.fed.be

## TSCHECHISCHE REPUBLIK

Ministerstvo financí  
Finanční analytický útvar  
P.O. BOX 675  
Jindřišská 14  
111 21 Praha 1  
Tel.: +420 2 5704 4501  
Fax: +420 2 5704 4502

Ministerstvo zahraničních věcí  
Odbor společné zahraniční a bezpečnostní politiky EU  
Loretánské nám. 5  
118 00 Praha 1  
Tel.: +420 2 2418 2987  
Fax: +420 2 2418 4080

## DÄNEMARK

Erhvervs- og Byggestyrelsen  
Langelinie Allé 17  
DK-2100 København K  
Tlf. (45) 35 46 62 81  
Fax (45) 35 46 62 03

Udenrigsministeriet  
Asiatisk Plads 2  
DK-1448 København K  
Tlf. (45) 33 92 00 00  
Fax (45) 32 54 05 33

Justitsministeriet  
Slotholmsgade 10  
DK-1216 København K  
Tlf. (45) 33 92 33 40  
Fax (45) 33 93 35 10

## DEUTSCHLAND

*Betreffend Gelder:*  
Deutsche Bundesbank  
Servicezentrum Finanzsanktionen  
Postfach  
D-80281 München  
Tel.: (49) 89 28 89 3800  
Fax: (49) 69 709097 3800

*Betreffend wirtschaftliche Ressourcen*

— für Angaben gemäß Artikel 5:

Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie  
Referat V B 2  
Scharnhorststr. 34—37  
D-10115 Berlin  
Tel.: 01888-615-9  
Fax: 01888-615-5358  
Email: BUERO-VB2@bmwi.bund.de

— für die Gewährung der Ausnahmen nach Artikel 3:

Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA)  
Frankfurter Straße 29—35  
D-65760 Eschborn  
Tel.: (49) 6196 908-0  
Fax: (49) 6196 908-800

## ESTLAND

Eesti Välisministeerium  
Islandi väljak 1  
15049 Tallinn  
Tel.: + 372 6317 100  
Faks: + 372 6317 199

Finantsinspektsioon  
Sakala 4  
15030 Tallinn  
Tel.: + 372 6680 500  
Faks: + 372 6680 501

## GRIECHENLAND

## A. Einfrieren von Vermögenswerten

Ministry of Economy and Finance  
General Directorate of Economic Policy  
Address: 5 Nikis Str.  
10 563 Athens — Greece  
Tel.: + 30 210 3332786  
Fax: + 30 210 3332810

## A. Δέσμευση κεφαλαίων

Υπουργείο Οικονομίας και Οικονομικών  
Γενική Δ/ση Οικονομικής Πολιτικής  
Δ/ση: Νίκης 5  
10 563 Αθήνα  
Τηλ.: + 30 210 3332786  
Φαξ: + 30 210 3332810

## B. Import-Export Beschränkungen

Ministry of Economy and Finance  
General Directorate for Policy Planning and Management  
Address: Kornarou Str. 1  
10 563 Athens  
Tel.: + 30 210 3286401-3  
Fax: + 30 210 3286404

## B. Περιορισμοί εισαγωγών — εξαγωγών

Υπουργείο Οικονομίας και Οικονομικών  
Γενική Δ/ση Σχεδιασμού και Διαχείρισης Πολιτικής  
Δ/ση: Κορνάρου 1  
Τ.Κ. 10 563 Αθήνα — Ελλάδα  
Τηλ.: + 30 210 3286401-3  
Φαξ: + 30 210 3286404

## SPANIEN

Dirección General del Tesoro y Política Financiera  
Subdirección General de Inspección y Control de Movimientos de Capitales  
Ministerio de Economía  
Paseo del Prado, 6  
E-28014 Madrid  
Tel.: (34) 912 09 95 11

Dirección General de Comercio e Inversiones  
Subdirección General de Inversiones Exteriores  
Ministerio de Industria, Comercio y Turismo  
Paseo de la Castellana, 162  
E-28046 Madrid  
Tel.: (34) 913 49 39 83

## FRANKREICH

Ministère de l'économie, des finances et de l'industrie  
Direction générale du Trésor et de la politique économique  
Service des affaires multilatérales et du développement  
Sous-direction Politique commerciale et investissements  
Service Services, Investissements et Propriété intellectuelle  
139, rue de Bercy  
75572 Paris Cedex 12  
Tél.: (33) 1 44 87 72 85  
Télécopieur: (33) 1 53 18 96 55

Ministère des affaires étrangères  
Direction générale des affaires politiques et de sécurité  
Service de la politique étrangère et de sécurité commune  
37, Quai d'Orsay  
75007 Paris  
Tél.: (33) 1 43 17 45 16  
Télécopieur: (33) 1 43 17 45 84

## IRLAND

United Nations Section  
Department of Foreign Affairs  
Iveagh House  
79-80 Saint Stephen's Green  
Dublin 2  
Tel.: + 353 1 478 0822  
Fax: + 353 1 408 2165

Central Bank and Financial Services Authority of Ireland  
Financial Markets Department  
Dame Street  
Dublin 2  
Tel.: + 353 1 671 6666  
Fax: + 353 1 679 8882

## ITALIEN

Ministero degli Affari Esteri  
Piazzale della Farnesina, 1  
I-00194 Roma  
D.G.M.M. — Ufficio II  
Tel.: (39) 06 3691 2296  
Fax: (39) 06 3691 3567

Ministero dell'Economia e delle Finanze  
Dipartimento del Tesoro  
Comitato di Sicurezza Finanziaria  
Via XX Settembre, 97  
I-00187 Roma  
Tel.: (39) 06 4761 3942  
Fax: (39) 06 4761 3032

## ZYPERN

Ministry of Commerce, Industry and Tourism  
6 Andrea Araouzou  
1421 Nicosia  
Tel: + 357 22 86 71 00  
Fax: + 357 22 31 60 71

Central Bank of Cyprus  
80 Kennedy Avenue  
1076 Nicosia  
Tel: + 357 22 71 41 00  
Fax: + 357 22 37 81 53

Ministry of Finance (Department of Customs)  
M. Karaoli  
1096 Nicosia  
Tel: + 357 22 60 11 06  
Fax: + 357 22 60 27 41/47

## LETTLAND

Latvijas Republikas Prokuratūra  
Noziedzīgi iegūtu līdzekļu legalizācijas novēršanas dienests  
Kalpaka bulvāris 6  
Rīga, LV-1801  
Tel.: (371) 70144431  
Fax: (371) 7044804

Latvijas Republikas Ārlietu ministrija  
Brīvības bulvāris 36  
Rīga, LV-1395  
Tel.: (371) 7016201  
Fax: (371) 7828121

## LITAUEN

Saugumo politikos departamentas  
Lietuvos Respublikos užsienio reikalų ministerija  
J. Tumo-Vaižganto 2  
LT-01511 Vilnius  
Lithuania  
Tel. +370 5 236 25 16  
Fax. +370 5 231 30 90

## LUXEMBURG

Ministère des Affaires étrangères et de l'Immigration  
Direction des Relations économiques internationales  
5, rue Notre-Dame  
L-2240 Luxembourg  
Tél.: (352) 478 2346  
Fax: (352) 22 20 48

Ministère des Finances  
3, rue de la Congrégation  
L-1352 Luxembourg  
Tél.: (352) 478 2712  
Fax: (352) 47 52 41

## UNGARN

Hungarian National Police Headquarters  
Teve u. 4-6.  
H-1139 Budapest  
Hungary  
Tel./fax: +36-1-443-5554

Országos Rendőrfőkapitányság  
1139 Budapest, Teve u. 4-6.  
Magyarország  
Tel./fax: +36-1-443-5554

Ministry of Finance  
József nádor tér. 2-4.  
H-1051 Budapest  
Hungary  
Postbox: 1139 Pf.: 481  
Tel.: +36-1-318-2066, +36-1-327-2100  
Fax: +36-1-318-2570, +36-1-327-2749

Pénzügyminisztérium  
1051 Budapest, József nádor tér. 2-4.  
Magyarország  
Postafiók: 1139 Pf.: 481  
Tel.: +36-1-318-2066, +36-1-327-2100  
Fax: +36-1-318-2570, +36-1-327-2749

## MALTA

Bord ta' Sorveljanza dwar is-Sanzjonijiet  
Ministeru ta' l-Affarijiet Barranin  
Palazzo Parisio  
Triq il-Merkanti  
Valletta CMR 02  
Tel.: + 356 21 24 28 53  
Fax: + 356 21 25 15 20

## NIEDERLANDE

De Minister van Financiën  
Directie Financiële Markten/Afdeling Integriteit  
Postbus 20201  
NL-2500 EE  
Den Haag  
Tel.: (31-70) 342 89 97  
Fax: (31-70) 342 79 84

## ÖSTERREICH

## A. Einfrieren von Vermögenswerten

Österreichische Nationalbank  
(Austrian National Bank)  
Otto-Wagner-Platz 3  
A-1090 Wien  
Tel. (+ 43-1) 404 20-0  
Fax (+ 43-1) 404 20-7399

## B. Import-Export-Beschränkungen und alle sonstigen Beschränkungen

Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit  
(Federal Ministry of Economics and Labour)  
Abteilung C2/2 (Ausfuhrkontrolle)  
Stubenring 1  
A-1010 Wien  
Tel. (+ 43-1) 711 00-0  
Fax (+ 43-1) 711 00-8386

## POLEN

Ministerstwo Finansów  
Generalny Inspektor Informacji Finansowej (GIIF)  
ul. Świętokrzyska 12  
00-916 Warszawa  
Poland  
Tel. (+48 22) 694 59 70  
Faks (+48 22) 694 54 50

## PORTUGAL

Ministério dos Negócios Estrangeiros  
Direcção-Geral dos Assuntos Multilaterais  
Largo do Rilvas  
P-1350-179 Lisboa  
Tel.: (351) 21 394 67 02  
Fax: (351) 21 394 60 73

Ministério das Finanças  
Direcção-Geral dos Assuntos Europeus e Relações  
Internacionais  
Avenida Infante D. Henrique n.º 1, C, 2.º  
P-1100 Lisboa  
Tel.: (351) 21 882 3390/8  
Fax: (351) 21 882 3399

## SLOWENIEN

Ministry of Foreign Affairs  
Prešernova 25  
SI-1000 Ljubljana  
Tel.: 00386 1 478 2000  
Faks: 00386 1 478 2341

Ministry of the Economy  
Kotnikova 5  
SI-1000 Ljubljana  
Tel.: 00386 1 478 3311  
Faks: 00386 1 433 1031

Ministry of Defence  
Kardeljeva pl. 25  
SI-1000 Ljubljana  
Tel.: 00386 1 471 2211  
Faks: 00386 1 431 8164

## SLOWAKEI

Ministerstvo financií Slovenskej republiky  
Štefanovičova 5  
P.O. BOX 82  
817 82 Bratislava  
Tel.: 00421 2 5958 1111  
Fax: 00421 2 5249 3048

## FINNLAND

Ulkoasiainministeriö/Utrikesministeriet  
PL/PB 176  
FIN-00161 Helsinki/Helsingfors  
Tel (358-9) 16 00 5  
Fax (358-9) 16 05 57 07

## SCHWEDEN

*Article 3:*

Försäkringskassan  
SV-103 51 Stockholm  
Tfn +46 (0) 8 786 90 00  
Fax +46 (0) 8 411 27 89

*Articles 4 and 5:*

Finansinspektionen  
Box 6750  
SV-113 85 Stockholm  
Tfn +46 (0) 8 787 80 00  
Fax +46 (0) 8 24 13 35

## VEREINIGTES KÖNIGREICH

HM Treasury  
Financial Systems and International Standards  
1, Horse Guards Road  
London SW1A 2HQ  
United Kingdom  
Tel. + 44 (0) 20 7270 4901  
Fax + 44 (0) 20 7270 5430

Bank of England  
Financial Sanctions Unit  
Threadneedle Street  
London EC2R 8AH  
United Kingdom  
Tel. + 44 (0) 20 7601 4768  
Fax + 44 (0) 20 7601 4309

## EUROPÄISCHE GEMEINSCHAFT

Kommission der Europäischen Gemeinschaften  
Generaldirektion Außenbeziehungen  
Direktion Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) und  
Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP):  
Koordination und Beitrag der Kommission  
Referat Rechtliche und institutionelle Fragen, Gemeinsame GASP-Aktio-  
nen, Sanktionen, Kimberley-Prozess  
CHAR 12/163  
B-1049 Brüssel  
Tel.: (32-2) 295 55 85/299 11 76  
Fax: (32-2) 296 75 63  
E-mail: relex-sanctions@cec.eu.int